

pfkritiker
sie kräftig
Ratsprä-
FDP, Urs
den. «Sie
r Sympa-
n», mahnt
Teil von
ich ange-

nsrat Urs
r aus Tur-
n Worten
uzungen-
. Kanton,
n warf er
heit nicht
eht längst
i, das Ge-
iere müss-
t werden,
leine fer-
inärämter
'anik» ge-
frierärzten
etenz» bei
häden ab-
bung des
abhängige
abklären
idigungen

it
indet An-
1 mehrere
auernver-
mt ärgern
ige Stelle
nten zwit-
it aufwei-
g Schmid
anton auf
rtet, wie
r: «Nüch-
am.» Das
mehr ein
1 als ein
e zeitlich
Strickhof
nkbar ge-
Fraktions-

zu den Bauern war nicht gut.»

Einzig die FDP ist gegen eine neue Beschwerdestelle. Der Meldeweg werde vom Bund geregelt, sagte ihr Sprecher Martin Farner (Oberstammheim). Zudem sei das Meldewesen für die laufende Impfkampagne bereits optimiert worden. Ausserhalb seiner Fraktion hört niemand auf ihn. Der Rat über-

ligatorium aufzuheben, erleidet Hans Schiffbruch. Die grossen Fraktionen sind sich einig, dass das Obligatorium nicht mitten in der Impfkampagne fallen soll. Diese dauert bis zum 31. Mai. Sein Postulat wird mit 132 zu 27 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) ist gegen beide Postu-

stark von Impfschäden betroffene Betriebe vom Obligatorium zu befreien und Impfverweigerer zu entkriminalisieren, falls sie gute Gründe vorbringen könnten.

Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, um die Schaffung einer unabhängigen Meldestelle zu prüfen.

RETO FLURY



Bis Ende Mai müssen die Rinder geimpft werden. Ausnahmen sind bei kränkelnden oder hochträchtigen Kühen möglich. key

GEFORDERT: EIN ENDE DES IMPFZWANGS UND EINE BESCHWERDESTELLE

«Die Regierung wird eingeladen, den Impfwang gegen die Blauzungenkrankheit sofort aufzuheben.» So lautet der Inhalt eines Postulats, das Urs Hans (Grüne, Turbenthal) zusammen mit zwei Mitunterzeichnern Anfang Februar eingereicht hatte. Seine Begründung: Die

von den Behörden angeordnete Impfung habe zu «massiven Schäden» geführt. Über 60 Zürcher Landwirte seien betroffen, zum Beispiel von Totgeburten, Euterentzündungen und Fruchtbarkeitsstörungen von Rindern nach der Impfung. Im zweiten Postulat forder-

ten Hans und zwei Mitstreiter eine vom Veterinäramt unabhängige und paritätisch besetzte Meldestelle für Schäden der Impfkampagne 2008. Der Kantonsrat hatte die Postulate am 9. Februar für dringlich erklärt. Der Regierungsrat lehnte beide Vorstösse ab. (flu)

en
en

Nur noch Elektrofahrzeuge in Zürich

Ein Stadtrat und ein Professor unterhielten sich im Cabaret Voltaire über die Auto-Zukunft in Zürich.

ZÜRICH – Im Dada-Haus startete gestern Abend eine Veranstaltungsreihe namens «Zürich 2025». Es sollen Probleme aufgenommen werden, die «in der Luft liegen, deren Lösungen aber in weiter Ferne sind», wie FDP-Stadtrat Andres Türler erklärte. Der Chef der Industriellen Betriebe hatte als Diskussionspartner Lino Guzzella eingeladen, der an der ETH seit 15 Jahren an umweltverträglich(er)en

noch Elektromobile herumkurven. Um es vorwegzunehmen: Guzzella glaubt nicht daran. «Ich wette mit jedem eine Kiste Bordeaux, dass auch 2025 über die Hälfte der Fahrzeuge mit Benzin oder Diesel angetrieben werden.» Damit wolle er nicht den Pessimisten heraushängen, sagte er. Doch er sei Realist. Zudem zitierte er eine Studie des Erdölgiganten Shell. Demnach würden laut einem Szenario mit allen möglichen Massnahmen gegen fossile Brennstoffe (CO₂-Abgabe etc.) 2025 weltweit 6 Prozent der Fahrzeuge elektrisch betrieben sein. Und jenes Szenario, das den derzeitigen Trend widerspiegeln,

wie das Gefährt und habe eine weniger grosse Reichweite als ein Benziner. Guzzella plädierte deshalb für einen Mittelweg: Für mittellange Strecken ein kleines Elektromobil, für grössere Distanzen das herkömmliche Auto. Vor allem aber appellierte der Professor an die Vernunft. Denn es lasse sich bis zu 10 Prozent Benzin sparen, ohne einen Rappen zu investieren. Bloss vernünftig fahren – neudeutsch: «Eco-Driving» –, leichtere Autos mit 4 statt 8 Zylindern kaufen, und schon seien Millionen von Litern Öl eingespart. Sparen – auch Stadtrat Türler sieht hier ein grosses Potenzial. Er setzt zudem auf Fördermassnahmen für

at soll dan-
für 2010
Franken
nsrat hat
Postulat
h erklärt.
men. Für
VP, FDP,
e Verwal-
is Budget
noch ein-
n treffen
ngsrat die
sagte Ar-
der Erst-
ung solle
get» vor-

starte
rungs-
mann
orien-
ne, S
sei es
auf la
chens
Sanie
minir
ebenf
eines
irgen
senm

A
IN

Kei

Ein
zum
ben.
anfä
wen
rode
nanz
Auch
kutie
und
tons

Ro

Max
ist r
Staa
nen
(Win
für F
Geil
Plat
ein,

Kei

Im K
Fuss
tiert
nula
cher
CVP
78 S